



2017/38 Antifa

<https://jungle.world/artikel/2017/38/usa-antifa>

Die US-amerikanische Antifa-Bewegung wird von links und rechts kritisiert

USA, Antifa

Von **Blair Taylor**

Die Antifa-Bewegung erhält in den USA zurzeit große Aufmerksamkeit, die Kritik an ihr ist heftig. Auch US-amerikanische Linke haben einiges an ihr auszusetzen.

Die Antifa ist zurzeit en vogue in den Vereinigten Staaten. Einerseits ist es befremdlich zu hören, wie ein Präsident die drei Silben von sich gibt. Andererseits ergibt es durchaus Sinn, da die Wahl Donald Trumps eine faschistische Bewegung entfesselte, die wiederum Anlass zu einer militanten antifaschistischen Gegenmobilisierung gab. Die Scharmützel zwischen beiden Bewegungen wurden zunehmend gewalttätig – von den sieben Personen, die im Sommer 2016 in Sacramento bei Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der rechtsextremen Traditionalist Worker Party und Gegendemonstranten Stichwunden davontrugen, über die Schüsse auf einen Mann, der im Januar in Seattle gegen einen Auftritt des rechtsextremen Bloggers Milo Yiannopoulos protestierte, bis zur tödlichen Gewalt in Charlottesville. All dies resultierte in einem Medienrummel um »die Antifa«. In Artikeln, die der Geschichte der Bewegung nachgehen, liegt der Fokus unvermeidlich auf den deutschen Autonomen, während die Frage nach der richtigen Aussprache zu einer Medienobsession wurde. Viele Amerikaner sind fälschlicherweise überzeugt, die deutliche Betonung der zweiten Silbe sei die authentische deutsche Version.

Die Antifa wurde zwar nach Charlottesville in den Medien vereinzelt wohlwollend bewertet. Diese geringe Unterstützung verflüchtigte sich aber schnell, als Filmmaterial von schwarz gekleideten Aktivisten auftauchte, die Leute tätlich angriffen, und von bürgerlichen und faschistischen Medien gleichermaßen benutzt wurde, um rechte und linke Gewalt gleichzusetzen. So wurden die Tatsachen verdreht. In den vergangenen 25 Jahren töteten einer Untersuchung des in Washington, D. C., ansässigen libertären Cato-Instituts vom August zufolge Rechtsextreme in den USA fast 220 Menschen – sieben allein im vergangenen Jahr. Hierbei wurde allerdings der Bombenanschlag in Oklahoma 1995 nicht einbezogen. Das US-amerikanische Rechercheportal The Conversation kommt unter Berücksichtigung des blutigen Attentats auf 413 Opfer rechtsextremer Gewalt zwischen 1990 und 2017. Im Gegensatz dazu führte Gewaltanwendung von Antifaschisten zu einer Handvoll geringfügiger Verletzungen und einem Todesfall nach einer Schlägerei mit Skinheads in Oregon. Dieser Unterschied hat die Behörden nicht davon abgehalten,

militante Linke zum Ziel der Ermittlungen zu machen, üblicherweise unter Berufung auf Bildmaterial der Medien. Deshalb wurden in einigen Fällen in jüngster Zeit Journalisten gebeten, das Filmen gewaltsamer Zusammenstöße zu unterlassen, oder ihrer Kameras beraubt; in einem Fall wurde ein Reporter verletzt.

Obwohl vereinzelt und angesichts mancher faschistischer Taten durchaus angemessen, zogen diese gewalttätigen Vorfälle heftige Kritik mancher linker Strömungen nach sich, vom Anarchopazifisten Chris Hedges bis zu Marxisten wie dem Verleger von »Zero Books«, Douglas Lain. Die Einwände reichen von der absoluten Befürwortung von Redefreiheit und Gewaltlosigkeit bis zu eher strategischen Argumenten zur Medienrezeption linker Gewalt. Abgesehen von der Naivität, auf wohlwollende Berichterstattung der Medien zu hoffen, ignorieren Verfechter der zweiten Position zwei strahlende Gegenbeispiele aus jüngster Zeit: Sowohl Trump als auch Bernie Sanders sorgten trotz überwiegend ablehnender Berichterstattung überaus erfolgreich für politischen Aufruhr.

Warum lehnt die US-Linke einen militanten Antifaschismus ab? Zwei Faktoren spuken zurzeit in innerlinken Debatten herum. Einer ist der Geist des Anarchismus, insbesondere der »Schwarze Block«, den viele Kritiker der Antifa in der Vergangenheit aus marxistischer oder pazifistischer Sicht verurteilten. Der Journalist und Pulitzer-Preisträger Chris Hedges, der sich selbst als christlichen Anarchisten bezeichnet, nannte militante Anarchisten den »Krebs« von »Occupy Wall Street«, Marxisten kritisieren Anarchisten wiederum regelmäßig wegen ihres vermeintlichen Abenteuerertums und ihrer reaktiven Politik. Dabei waren es überwiegend Anarchisten und ihnen nahestehende Gruppen wie die Anti-Racist Action, die die letzte große antifaschistische Mobilisierung gegen eine Welle organisierter rassistischer Gewalt in den Achtzigern und Neunzigern anführten. Dies fand im Zuge der culture wars statt, während derer der Multikulturalismus und das neue Ethos der »politischen Korrektheit« die weiße kulturelle Hegemonie herausforderten. In den späten Neunzigern floß die militante Energie der Linken in direkte antikapitalistische oder ökologischer Aktionen, beide Richtungen übernahmen die Garderobe und Taktik des »Schwarzen Blocks«. Während die Antifa in den USA immer noch eng mit dem Anarchismus verbunden ist, zeigt sich die jüngste Inkarnation doch politisch und demographisch weitaus heterogener.

Der andere entscheidende Faktor ist der Einfluss derzeitiger Debatten über die Meinungsfreiheit an den Universitäten. Viele derjenigen, die die Antifa kritisieren, bemängeln zugleich heftig die Wende hin zur Zensur, die andere Linke vollzogen haben, und insbesondere die Identitätspolitik auf dem Campus. Angesichts von Aktivisten, die die Entlassung eines linksliberalen jüdischen Professors am Evergreen State College verlangten, oder der gewaltsamen Mobbingkampagne gegen einen Professor am Middlebury College wurde der studentischen Linken vorgeworfen, eine autoritäre Taktik anzuwenden und die Meinungsfreiheit mit einer unangemessen ausgeweiteten Definition von Rassismus zu beschneiden. Gerüstet aus diesen früheren Debatten hervorgegangen, verurteilten manche Linke die Antifa im Namen liberaler Werte und einer Zurückweisung der Gewalt des Mobs, ohne jedoch vom veränderten Kontext und von den neuen politischen Akteuren Notiz zu nehmen.

Interessanterweise sind die Argumente annähernd identisch mit denen, die in den jüngsten Debatten der deutschen Linken zum Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg –

etwa von den Gruppen Roter Salon Leipzig und TOP Berlin in dieser Zeitung – vorgebracht wurden. Die Gewaltfrage stand ebenso im Mittelpunkt wie die Befürwortung des bürgerlichen Staats. Während sowohl in den USA als auch in Deutschland die Kritik an linker Militanz einen wahren Kern beinhaltet, steht diese doch in keinem Verhältnis zur faschistischen Gewalt einerseits und zur Macht der globalen kapitalistischen Ordnung andererseits. Es ist vielsagend, dass die linken Kritiker der US-Antifa und die antideutschen Kritiker der G20-Proteste liberale und konservative Argumente wiederholen – beide befürworten den Status quo.

Die Rückkehr antifaschistischer Politik stellt die US-Linke vor weitere Probleme. Eine Gefahr ist, dass es einer Handvoll Nazis und weißer Suprematisten – einem winzigen Bruchteil der Bevölkerung, der bereitwillig von fast allen außer dem derzeitigen Präsidenten verurteilt wird – gelingt, die linke Aufmerksamkeit zu stark auf race politics zu lenken. Dies könnte bestehende Tendenzen nähren, der Anziehungskraft und historischen Kontinuität des weißen Suprematismus einen zu großen Stellenwert beizumessen und zugleich wichtige strukturelle und ideologische Veränderungen des Rassismus zu übersehen, genau in dem Moment, in dem manche Linke die Vorherrschaft der Identitätspolitik wegen deren Unzulänglichkeit in Frage stellen.

Hier könnte die Erfahrung der deutschen Antifa Einsichten liefern. Es blieb für sie stets wichtig, sich einer faschistischen Mobilisierung entgegenzustellen. Doch sie erkannte irgendwann, dass die Konfrontation mit Nazis auf der Straße zwar leicht zum Erfolg führt, aber eine tiefere strukturelle Kritik und Veränderung nicht ersetzt.